

«Wo ist eigentlich der Präsi?»

Marco Chiesa ist als SVP-Präsident fast unsichtbar – will die Partei wirklich mit ihm in den Wahlkampf ziehen?

CHRISTINA NEUHAUS

Albert Rösti musste gehen und blieb noch acht Monate. Marco Chiesa musste übernehmen und blieb von Anfang an weg. Rösti trat kurz vor Weihnachten 2019 unter Druck ab und hielt bis Ende August 2020 durch. Die Suche nach einem Nachfolger war weniger einfach, als die Partei-Granden gedacht hatten. Die beiden Favoriten, Esther Friedli und Marcel Dettling, wollten nicht, und die, die wollten, wollte die Parteileitung nicht. Marco Chiesa wollte eigentlich auch nicht, aber irgendwann hiess es: Du willst. Im Tessin, wo er herkommt, und in der Westschweiz, wo er studiert hat, konnte er als Parteipräsident Tritt fassen. In der Deutschschweiz blieb er der grosse Unbekannte. In den Sektionen hiess es schon bald: «Wo ist eigentlich der Präsi?»

Impfpflicht? Missverständnis!

Anderthalb Jahre nach seiner Wahl wirkt der Tessiner immer noch wie der Kandidat, der nicht recht wollte. Er spricht mittlerweile leidlich Deutsch, doch er lacht weniger. Wenn er von «Luuxuus-Sozialisten» redet, tönt er wie ein italienischsprachiger Laienschauspieler, der einen Deutschschweizer Politiker imitiert, der Christoph Blocher nachmacht.

Sagt er für einmal etwas Eigenständiges, kann er sicher sein, dass ihn das Parteileitungs-Triumvirat um Thomas Aeschi, Thomas Matter und Magdalena Martullo-Blocher zurückpfeift. Als er sich im November in einem Interview für eine Impfpflicht für das Pflegepersonal aussprach, musste Parteisekretär Peter Keller eine Medienmitteilung verschicken: Chiesa sei falsch verstanden worden, er habe sich nie für eine Impfpflicht für das Pflegepersonal ausgesprochen. Die Medien hätten ihm das Wort im Mund umgedreht.

Seither hat Christoph Blocher eine Neutralitätsdebatte angestossen, eine Volksinitiative aufgegleist und die Auns aufgelöst. Seither hat der FDP-Präsident



Er ist da – und doch nicht: SVP-Präsident Marco Chiesa an einer Delegiertenversammlung seiner Partei 2020 in Bern. A. ANEX / KEYSTONE

Thierry Burkart die Klimapolitik seiner Partei auf Kurs gebracht, die Europapolitik entgiftet und den bürgerlichen Lead in der Sicherheitspolitik übernommen. Seither lösen sich Thomas Aeschi und Roger Köppel wechselseitig bei Fernsehauftritten ab. Und wieder heisst es in der SVP: «Wo ist eigentlich der Präsident?»

Am Abstimmungssonntag hatte Marco Chiesa seit längerem wieder einmal einen Auftritt im Schweizer Fernsehen. Gemeinsam mit den Präsidenten der anderen Parteien analysierte er das Abstimmungsergebnis. Er tönte nicht wie eine italienische SVP-Sprech-App, aber er las

ganze Passagen vom Blatt ab. In der SRF-«Arena» von Freitag wird er erneut fehlen. Die Haltung der SVP zum Flüchtlingsstatus S vertritt die Zürcher Nationalrätin Barbara Steinemann. Wo ist der Präsi?

Chiesa habe nie etwas zu sagen gehabt, sagen sie in der Partei. Als Ständerat sei er unauffällig und als Parteipräsident der Befehlsempfänger der Alphas in der Geschäftsleitung. Als der Zürcher SVP-Präsident Benjamin Fischer kürzlich gehen musste, weil er zu wenig geführt hatte, machte das Gerücht die Runde, auch Chiasas Abgang stehe kurz bevor. Geht der Präsi?

Alles in Ordnung, sagt Marco Chiesa. Die öffentlichen Auftritte von Aeschi und Köppel seien abgesprochen. Statt zu spekulieren, solle man lieber die für die SVP erfreulichen Parlamentswahlen in Glarus und Graubünden zur Kenntnis nehmen. Alles in Ordnung, sagt auch Christoph Blocher. Marco Chiesa leiste hervorragende Arbeit in den Kantonen. Chiasas Stärke sei die strukturelle Parteiarbeit. Die SVP habe ihre Grabenkämpfe und die Zeiten der ideologischen Bereinigung hinter sich, und sie habe genug gute Köpfe. An der Parteisitze brauche es keinen, der meine, er müsse alles alleine ma-

chen. Er jedenfalls habe Freude an Chiesa: «Der ist ein strammer Cheib.» Nur schon, dass er den Sprung in den Ständerat geschafft habe, sei eine Leistung.

Will Blocher, der stärker ist als je, wirklich mit einem Präsidenten in den Wahlkampf ziehen, den viele in seiner Partei für schwach halten? Passt ihm ein schwacher Präsident gar ins Konzept? Einer, der ihm beispielsweise bei der nächsten Bundesratswahl nicht dreinredet?

Geht Maurer?

Wenn es um seine Partei geht, hat Christoph Blocher noch nie etwas dem Zufall überlassen. Die Umriss des Wahlkampfes zeichnen sich bereits im Nebel ab: Im Sommer wird die SVP das Flüchtlingsthema bewirtschaften, im Herbst wird die Neutralitätsdebatte dazukommen, und spätestens dann stellt sich wieder einmal die Frage, wie lange Ueli Maurer noch Bundesrat bleibt.

Maurer selbst sagt auf diese Frage seit Jahren nichts. Christoph Blocher sagt, er gehe davon aus, dass Ueli Maurer mindestens bis Ende Legislatur im Amt bleibe. Mögliche Nachfolger gebe es in der Partei genug. Doch in der Politik gelten Sitzleder-Beteuerungen nicht viel. Im Bundeshaus in Bern werfen Parteileitungsmitglieder bereits probalber den Namen von Esther Friedli in die Luft.

Geht Ueli Maurer vielleicht schon dieses Jahr? Nachdem er einen Schlusstrich unter die Corona-Wirtschaft gezogen hat? Ein vorzeitiger Rücktritt würde der Partei jedenfalls einen fulminanten Start ins Wahljahr 2023 ermöglichen: Bei einer Ersatzwahl 2022 stünde die SVP allein im Scheinwerferlicht. Grüne Begehrlichkeiten und freisinnige Ängste spielen höchstens eine untergeordnete Rolle. Der Abgang des Schwergewichts Maurer und die Frage seiner Nachfolge brächten der Partei neuen Schwung und monatelange mediale Aufmerksamkeit. Diskussionen über einen schwachen Präsidenten – oder der Abgang eines schwachen Präsidenten – gingen im Getöse unter.

Die SVP bereitet das Terrain für die nächste Flüchtlingsdebatte

Noch verfängt die politische Debatte über den Umgang mit Kriegsvertriebenen nicht – doch das ist nur eine Frage der Zeit

DANIEL GERNY

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat in der Schweiz politische Gewissheiten auf den Kopf gestellt. Als es hierzulande im März zu einer gigantischen Solidaritätswelle kam, erklärte sich zunächst sogar der sonst um keine Attacke verlegene Aargauer SVP-Hardliner Andreas Glarner bereit, bei sich ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen, die Volkspartei trug die Willkommenskultur mit.

Jetzt aber, da die russische Offensive immer deutlicher ins Stocken gerät und sich die Lage im Norden und im Westen der Ukraine zu beruhigen scheint, besinnt sich die SVP auf ihre angestammte Rolle in der Asylpolitik. Am Wochenende lancierte die Aargauer Nationalrätin Martina Bircher via Sonntagsmedien einen ersten Angriff auf den Schutzstatus S, den Flüchtlinge aus der Ukraine erhalten. Dieser ermöglicht die unkomplizierte Aufnahme einer grossen Zahl von Menschen ohne individuelle Prüfung und erlaubt die rasche Integration in den Arbeitsmarkt.

Stimmen in der Mitte im Blick

Der Schutzstatus S gilt für Ukraine-Flüchtlinge längstens für ein Jahr, danach muss er vom Bundesrat erneuert werden. Derzeit denkt ausser der SVP kaum jemand daran, die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine einzuschränken. Der Mitte-Präsident Gerhard Pfister warf der SVP vor, sie lasse sich mit ihrem Versuchsballon auf das Spiel von Putin ein. Auch der FDP-Chef Thierry Burkart machte klar, dass er im Moment keinen Anlass für einen Kurswechsel sehe. Beim Staatssekretariat für Migration (SEM)

heisst es kurz und knapp, ein solcher Entschluss sei Sache des Bundesrates.

Doch die SVP spekuliert darauf, dass die Geschlossenheit in den nächsten Wochen und Monaten ins Wanken kommt. Spätestens nach den Sommerferien will die Partei das Thema auf die grosse politische Bühne bringen. In der Juni-Session will sie im National- wie im Ständerat mehrere Motionen einbringen, damit über das Thema im Herbst in beiden Räten diskutiert wird. Das erklärt der SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi

Für das Festlegen sicherer Regionen ist es zu früh

Kommentar auf Seite 20

auf Anfrage der NZZ. Am Freitag will die Fraktion ihre Strategie festlegen. Klar ist: Sie hat dabei auch die Stimmen aus der FDP und der Mitte im Blick.

Die Volkspartei will den Takt dabei unbedingt selbst vorgeben: Ein Viertel der Mitglieder eines Rates kann eine ausserordentliche Session zu einem bestimmten Thema verlangen. Im Nationalrat ist die SVP-Fraktion dazu dank ihrer Grösse allein in der Lage und kann so verhindern, dass die Debatte hinausgeschoben wird. Primäres Ziel der Partei ist es laut Aeschi, dass künftig nur noch Menschen den Schutzstatus S erhalten oder behalten können, die tatsächlich aus einer vom Krieg unmittelbar betroffenen Region der Ukraine kommen. Dies gelte heute für den Westen und den Norden des Landes nicht mehr. Ausserdem sollen Ukraine-Flüchtlinge, die über eine andere Staats-

bürgerschaft verfügen, in der Schweiz keinen Schutz mehr erhalten, ausser wenn es sich bei ihnen um in der Ukraine vor dem Krieg anerkannte Flüchtlinge handelt.

Die Schweiz stosse an Grenzen, begründet Aeschi die Forderung der SVP. Er nennt als Beispiel Appenzel Ausserrhoden. Das SEM hat für den Kanton kürzlich einen Zuteilungsstopp verfügt, um die kantonalen und kommunalen Strukturen zu entlasten. Aeschi verweist ausserdem auf die hohen Kosten. Laut einem Bericht der «NZZ am Sonntag» schätzt der Sonderstab Asyl die Kosten für den Bund auf 20 000 Franken pro Jahr und Flüchtling, also auf eine Milliarde Franken für die bis jetzt gut 50 000 Ukrainern und Ukrainer in der Schweiz.

Noch gibt es Solidarität

Bisher ist die Debatte allerdings nicht in Schwung gekommen. Die Solidarität der Schweizerinnen und Schweizer scheint trotz einigen Negativerlebnissen von Gastfamilien ungebrochen. Nicht nur aus innenpolitischer Optik kommen Forderungen über eine Anpassung des Schutzstatus für Ukraine-Flüchtlinge viel zu früh. So gibt Alberto Achermann, Professor für Migrationsrecht an der Uni Bern, zu bedenken, dass ein Ende des Krieges nicht in Sicht sei. Weiterhin müsse auch im Westen des Landes mit Raketenangriffen gerechnet werden. Sogar der Einsatz von taktischen Atomwaffen stehe im Raum, sagt Achermann. «Die Voraussetzungen, die im März zur Aktivierung des Schutzstatus S erfüllt sein mussten, sind nach wie vor gegeben.»

Solange sich der Krieg nicht auf bestimmte Gebiete eingrenzen lasse, sei

schwer vorstellbar, wie Regionen bestimmt werden sollten, für die der Schutzstatus nicht mehr gelte, sagt Achermann. Ähnlich argumentiert auch das SEM. Der Grundsatzentscheid liege zwar beim Bundesrat. Dieser müsse aber «eine gewisse Dynamik und Unvorhersehbarkeit» berücksichtigen. Mit anderen Worten: Eine klare Grenze zwischen gefährlichen und ungefährlichen Gebieten lässt sich auf absehbare Zeit kaum ziehen.

Auch linke Kreise sind irritiert

Aus einem weiteren Grund erscheinen die SVP-Forderungen heute chancenlos. Ein Alleingang der Schweiz ist kaum denkbar, ohne dass dies international als Zeichen für mangelnde Solidarität interpretiert würde. Eine Aufhebung oder Anpassung des Schutzstatus S würde nach Ansicht von Achermann nicht zu einer schnelleren Rückkehr von Ukrainerinnen und Ukrainern in ihre Heimat führen. Weil für sie Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums besteht, würden die Lasten stattdessen auf die umliegenden Staaten verlagert. «Wie es in der Flüchtlingsfrage mittel- bis langfristig weitergeht, muss europäisch abgestimmt werden», gibt sich Achermann überzeugt.

Trotzdem bedeutet dies nicht, dass die Strategie der SVP ins Leere laufen muss. Mit ihren Vorstössen bereitet sie das Terrain für eine Debatte, die unabhängig vom Verlauf des Krieges früher oder später ohnehin auf die Schweiz zukommt. Die grosszügigen Rahmenbedingungen für Flüchtlinge aus der Ukraine irritieren nämlich nicht nur bei der SVP, sondern auch im linken Lager und bei Flüchtlingsorganisationen. Dort fragt man sich, wes-

halb Ukrainer besser behandelt werden als Vertriebene aus Syrien oder andern Ländern. Diese haben als vorläufig Aufgenommene spürbar weniger Privilegien.

Gänzlich neu ist die Debatte nicht: Der Bundesrat drängte schon vor einigen Jahren auf eine grundsätzliche Neuausrichtung im Umgang mit Kriegsvertriebenen, kam damit jedoch nicht durch. Doch wie gesagt: Politische Gewissheiten altern in der Krise schlecht.

ANZEIGE

«Selbstbestimmung heisst, weiter zu denken und früh zu handeln.»

